

Volksrecht

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Volksrecht“ erscheint mit täglichem Belag vom „Welt und Zeit“. Es ist Publikations-Organ der sozialdemokratischen u. gewerkschaftlichen Organisationen u. amtlich Organ des Reiches. Schriftleitung: Dr. Walter K. G. Vertriebs-Verhältnisse: Nr. 2405, 2407, 2408. Persönliche Zustellungsmitteln sind 12 Pfennig. — Inverleibt eingetragenen Mannschaften ist kein das Rückporto beizufügen

Bezugspreis monatlich 2,00 RM. u. 0,20 RM. Vierteljahresgebühr, insgesamt 2,00 RM. für Abnehmer wöchentlich 2 Pfennig. Belegnummer 228. Halle, Buchhandlung „Volksrecht“ 2,00 RM. bei direkter Bestellung an den Verlag 2,00 RM. Einzelnummer 15 Pf. im Kassen- und 20 Pf. im Bankamt der Reichsbank. Hauptvertriebsstelle: Dr. Walter K. G. Vertriebs-Verhältnisse: Nr. 2405, 2407, 2408. Reichsdirektion 20319 Berlin

Aus Berlin kommt die frohe Botschaft: Volksbegehren eingereicht Jetzt geht es drauf und dran!

Hitters Unterschrift fehlt.

Der Reichsausschuß für das Volksbegehren hat am Sonntagabend dem Reichsinnenministerium brieflich den Zulassungsauftrag für sein Volksbegehren übermitteln. Der Antrag ist unterzeichnet von Eugen Berg und Selbe gemeinsam und gleichzeitigt das Präsidium des Reichsausschusses. Mit, hat den Antrag nicht unterzeichnet. In eingetragenen Reihen führt man das auf persönliche Differenzen zwischen Hitter und Eugen Berg zurück.

Generalabrechnung!

Mit der Einreichung des Volksbegehrens haben die Eugenberger-Leute den Schritt getan, der endlich Gelegenheit gibt, mit den deutchnationalen Katastrophenpolitikern gründlich abzurechnen. Wir begreifen dies Volksgeschehen, mit begreifen es, weil es die Scheidung der Geister bringen wird. Hier die große Masse aller berer, die eine ehrliche Verständigungspolitik wollen und in friedlicher Zusammenarbeit der Völker die Wohlfahrt der Nationen erstreben, dort die Gewaltpolitiker und Landherrschaften aller Schattierungen, die die außenpolitischen Konflikte heraufzuziehen, um für ihre dunklen politischen Zwecke im Irren zu fischen.

Begründung des Volksbegehrens.

In der umfangreichen allgemeinen Begründung zum „Rechtsbegehren“ werden im einzelnen die wirtschaftliche, soziale, finanzpolitische und politische Lage Deutschlands auf Grund der Vertragsverträge vom Versailles bis zu den Dawes-Verträgen sowie die Folgen skizziert, die sich aus dem auf der gleichen Linie liegenden Young-Plan ergeben werden. Im Jahr sei dem deutschen Volk ein gefährliches Bild vorgezeichnet worden. Die Verantwortungen der deutschen Regierung hätten ebenso wie alle anderen Vertreter der deutschen Wirtschaft festgestellt, daß die übernommenen Verpflichtungen unerschwinglich seien.

Der Kampf um den Young-Plan ist aber nicht nur ein Kampf um die deutsche Außenpolitik, er wird auch eine Generalabrechnung werden müssen über die Innenpolitik. Jetzt gilt es, mit der deutchnationalen Politik der Heuschrecke und der demagogischen Verhetzung endgültig aufzuräumen. Das Eugenberger-Volksbegehren muß zur Zerstörung der Eugenberger-Front gegen die Republik werden!

Das nennt sich „Einheitsfront“

Wie die von der Eugenberger-Presse viel gerühmte „Einigkeit und Geschlossenheit“ im Reichsausschuß für das Volksbegehren ansieht, zeigen u. a. auch folgende Ausführungen des „Jugendworts“. Das Blatt schreibt:

„Inwiefern ist der Kampf zwischen Stahlhelm und Republik noch viel größer geworden, so daß sich die Berliner Zeitung des Stahlhelms gegenüber gegen hat, den Mitgliedern des Stahlhelms den Ruf nationalsozialistischer Versammlungen zu verbieten und anzuordnen, daß Nationalsozialisten in Stahlhelmsversammlungen nicht mehr erscheinen dürfen. Hitter und seine Beauftragten sehen jede Wiedervereinigung ab und betreiben sich nicht an gemeinsamen Versammlungen und Kundgebungen, sondern machen ihre Propaganda für sich.“

Das sagt nennt sich Einheitsfront!

Heute mittag 3 Uhr Reichstags-Zusammentritt Zur Entscheidung über die Arbeitslosenversicherung

Heute, Montag, 15 Uhr, tritt der Reichstag zu der auf Wunsch der Reichsregierung einberufenen kurzen Sondertagung zusammen, in der die Reform der Arbeitslosenversicherung erörtert werden soll. Es zunächst um die erste Lesung der beiden Vorlagen, die aber nur nach formaler Behandlung hat, da die Entwürfe dem Ausschuß bereits beschickt haben.

Eine Zentrums-Erklärung.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages lobte am Sonntag zu dem Problem der Arbeitslosenversicherung folgende Erklärung:

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat sich in eingehender Aussprache mit dem gegenwärtigen Stande der Verhandlungen über die Arbeitslosenversicherung beschäftigt. Sie sieht keine Veranlassung, von den in Lösung gestellten Beschlüssen abzugehen, die den Unterhändlern der Fraktion entgegenüberstehenden Meinungen in den letzten Verhandlungen als Grundlage geben haben. Sie billigt die Bemühungen ihrer Unterhändler, eine für alle Regierungsparteien annehmbare Lösung zu finden.

Am Montagvormittag tritt der Sozialpolitische Ausschuß noch einmal zusammen, um die Sondervorlage, in der die befristeten Arbeitsbeschäftigungen enthalten sind, zu erörtern, falls eine Entscheidung angesichts der fortwährenden existenziellen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien überhaupt möglich ist. Ueber Donnerstag hinaus soll jedenfalls die Reichstagsagung nicht ausgeschrieben werden, da am Freitag die Demokratische Reichsparteitag in Mannheim beginnt.

Diese Entscheidung befragt im Grunde genommen nichts hin, nichts Neues und merkt sich gegen die Gerüchte, daß die Zentrumsfraktion mit der Sozialdemokratie schon vor acht Tagen ein Kompromiß über die fristigen Fragen abgeschlossen hätte. In Wirklichkeit kann davon keine Rede sein. Der Sozialpolitische Ausschuß tritt heute vormittag in die Verhandlungen über die befristeten Sonderverordnungen ein. Es wird sich also erst dort entscheiden, ob für die fristigen Fragen im Reichstag eine Mehrheit zu erreichen ist oder nicht. Die Aussichten für eine positive Klärung der Angelegenheit sind derzeit nicht schlecht.

Während der bevorstehenden Reichstagsagung sind ferner Verhandlungen zwischen den Parteien über das Gesetz zur Regelung älterer staatlicher Renten vorzugehen, und zwar hat der Reichspräsident die Parteien für Mittwoch zu einer Besprechung geladen.

Die Zentrumsfraktion ließ die Sozialdemokratie am Sonntagabend über ihre Pläne und Absichten unterrichten.

Die Städte wehren sich

Oberbürgermeister Jarres weist die hinterhältige Dene der „Wirtschaft“ gegen die öffentlichen Betriebe energisch zurück

Frankfurt, 30. September. (Ein. Drabst.)

Sonabend tagte hier der Frankfurter Städtetag. Als einzigen Gegenstand enthielt die Tagesordnung ein Referat des Oberbürgermeisters Dr. Jarres (Duisburg) über „Die Bedeutung der kommunalen Wirtschaftsinstrumente“.

Jarres führte aus: „Zeit im Jahre 1926 bei Reichsausschuß der Zeitlichen Stadtkonferenzen mit den anderen Unternehmensverbänden in die Offensive gegen die Gemeinde-Unternehmungen vorangegangen ist, und zwar in einer Form, daß man mit Recht von einem konzentrierten Angriff gegen die Gemeinden sprechen kann, will es nicht mehr ruhig werden. So ist ein künstlich geschaffener Gegensatz der Wirtschaft zur Stadt konstruiert worden.“

dem Wohlfahrtsgebiet und dem Wohnungsmarkt, als wenn die eigentlich gewerblichen, d. h. gewinnbringenden Betriebe der Gemeinden. Von den Wasserwerken waren 1927 rund 95 Prozent aller Werke kommunale. Von den 1209 Gaswerken befinden sich 981 in rein kommunaler Hand. Die Gesamtleistung der öffentlichen Hand an der elektrischen Stromerzeugung beträgt 55,5 Prozent der Gesamtmenge. Von 149 Straßenbahnen sind 110 kommunale.

Man behauptet, daß die Gemeinden im Vergleich zur Privatwirtschaft nicht rentabel arbeiten. Das mag in längst verlassener Vergangenheit hier und da richtig gewesen sein. Inzwischen haben sich die kommunalen Betriebe umgeformt. Das finanzielle Ergebnis der auf Gewinn betriebenen Unternehmungen ist durchaus erfreulich. Wenn im Jahre 1925 die Retourenüberschüsse der städtischen Betriebe im Verhältnis zum gesamten kommunalen Schuldenstand nur einen Bruchteil von 8,2 ergaben, so ist im Jahre 1928 bei den Städten über 5000 Einwohner dieser Rubrik im Durchschnitt auf 17,8 zu berechnen.

Die Wirtschaft hat gefürchtet. In der Zwangsjahresaufstellung, in der Verbandsbildung und auch in den Kartellgesetzen sind von der Wirtschaft oft Wege eingeschlagen worden, welche den sich gebenden Rationalisierungsmaßnahmen überspannt unumgekehrte Arbeitslosigkeit hervorgerufen und den freien Wettbewerb in der Wirtschaft schwere Schläge versetzt haben. Der Umfang der kommunalen Eigenwirtschaft wird von den Gegnern überschätzt und andererseits wird der wirtschaftliche Rufespekt in der Arbeit unterdrückt.

Im den beiden letzten Jahren wurden rund 91 Prozent der in den Städten neu bereitgestellten Wohnungen durch die Städte finanziert. Im den Jahren 1924/25 sind von den Städten mit über 50000 Einwohnern 908 Millionen Mark an Baukosten für Wohnungen und 722 Millionen Mark an eigenen Mitteln zur Wohnungsbauförderung verwendet worden. Dazu kommen die großen Beträge, welche in Wohnungsbauverträgen zum gleichen Zweck von den Städten flüssig gemacht worden sind. Die Angriffe gegen die kommunale Wirtschaftstätigkeit sind gegen die Arbeit weniger als gegen die Arbeit unterdrückt.

Am Jahre 1928 haben die Betriebe zu dem Finanzbedarf der Städte über 50000 Einwohner 384 Millionen zugeflossen.

Dabei müssen die Gemeinden viel mehr als die privaten und auch gewinnbringendsten Unternehmungen aus sozialen und rechtlichen Gründen in Abzügen abnehmen treffen, an denen sich das Privatunternehmertum nicht entziehen würde.

Die Verbesserung der kommunalen Betriebe ist abzulehnen. Schmerzenslieder unter den kommunalen Betrieben sind die Höfen und die Zehnten. Der Gesamtumsatz der Städte im Jahre 1928 47,7 Millionen Mark = 49,9 Prozent der Einnahmen. An den fälligen Büchern wurden 16000 Personen beschäftigt. 57 Städte betriebenen Gärten meist in rein kommunaler Wirtschaft.

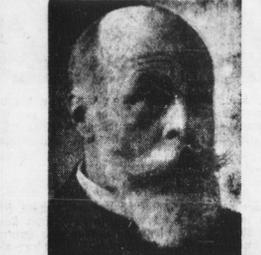
Der Heimwehr-Aufmarsch. 700 sozialdemokratische Versammlungen.

Wien, 30. September. (Radiomeilung.)

Die am Sonntag in Niederösterreich veranstalteten Heimwehrübungen sind bis auf einzelne kleinere Zwischenfälle ruhig verlaufen. In Stoerau versuchten Heimwehrleute ein von Sozialdemokraten besetztes Haus einzunehmen. Als der Schutzmann zur Gegenwehr schritt, schoß ein Heimwehrmann und verletzte einen Schutzmann. Ein zweiter Anhänger der republikanischen Schützengarde wurde durch einen Schlag am Kopf verwundet.

Insgesamt haben nach den vorliegenden genauen Aufzeichnungen an den vier Heimwehrendemonstrationen etwa 16000 Mann teilgenommen. In 8 Prozent gegen diese Aufmärsche hielt die niederösterreichische Sozialdemokratie 700 Versammlungen ab.

Michael Dainisch,



der frühere österreichische Bundespräsident, übernahm im neuen Kabinett Ender das Bundesinnenministerium. Er bietet durch seinen Eintritt in die Regierung einigen Widerstand gegen den Einfluß der Heimwehren.

Ein Hebräer zur SPD. Der Führer der Demokratischen Kommunisten, Reichstagsrat und Abgeordneter Dr. Zerbini (Triest), ist aus der Demokratischen Partei ausgetreten und zur SPD übergetreten.

schick während nur 6 gemeinschaftlich über
verachtet sind. Von diesen über sieben 16 kom-
mune Häuser und 3 gemeinschaftlich betrie-
beten Häuser mit weit ganz erheblichen Unter-
schritten ab, während nur 4 kommunale Häuser und
3 gemeinschaftlich betriebene geringe Ueber-
flüsse aufweisen.

Die Vorurteile gegen die kommunalen
Betriebe müssen beseitigt werden. Die Städte
sind in konsequenter Organisation, welche die
politische Verwaltungsgewalt auf beiden Gebieten
haben für sich einbüßten: getan.
Auf das mit großem Beifall aufgenommene
Verfahren folgte eine ausgiebige Diskussion,
in der sich die Vertreter aller Parteien beteiligten.
Als Vertreter der Sozialdemokratie sprach
Eduard Reuter (Berlin), der sich mit großer
Schärfe gegen die Initiative wandte, die von pri-
vatwirtschaftlicher Seite gegen die kommunale
Wirtschaftsbearbeitung betrieben wird.

Es liegt System in den Angriffen gegen die
kommunale Wirtschaft,
aber die Privatwirtschaft sollte besser einmal über
die Zustände in ihrem eigenen Hause nach-
denken. Denn da wäre sehr zu befürchten. Diese
feindliche Privatwirtschaft, die Gemeinden anlagte,
habe bei Kommune die fähigsten Arbeiter.
Vor dem Kriege habe auch in der Privatindustrie
sein Zweifel an der Notwendigkeit kommunaler
Wirtschaftsbearbeitung bestanden. Wenn sich die
Städte häufen, so könne es, als wolle gewisse
Kreise.

Nach der Durchführung des allgemeinen
Wahlrechts in den Kommunen
nehmen und gewisse Kreise der Bevölkerung bei der
Verwirklichung der Gemeindefürsorge aus-
geschlossen. Die gewählten Vertretungen, die die
Kommunen aus dem Gebiete des Verkehrs und
der öffentlichen Versorgung aufweisen könnten,
hätte die Privatwirtschaft niemals in gleicher
Weise vollbracht. Jeder Verlust, das Arbeits-
gebiet der Gemeinden durch geographische Lage
erschweren, und damit der Privatwirtschaft ein
schon ein Privileg zu schaffen, müße auf-
gehoben werden. Die beste Form des

Kampfes gegen die Kapitalistenprivatwirtschaft
licher Kreise seien die Zeitungen, die die
Gemeinden aufzuweisen hätten. Und um sie in
der Öffentlichkeit weithin sichtbar zu machen,
sei eine geeignete Publikation im allergrößten
Maße notwendig. (Geheimer Beifall.)

Ministerdirektor von Baden vom preu-
ßischen Innenministerium erklärte, daß die preu-
ßische Staatsregierung entschlossen sei, allen Ver-
wehungen entgegenzutreten, die die wirtschaft-
liche Bewegung der Gemeinden gegenständiglich
infringieren könnten.

Unter Annahme einer kleinen sozialde-
mokratischen Minderzahl und unter
Ablehnung aller anderen Anträge wurde
folgende Resolution angenommen:
„Die wirtschaftliche Bewegung der deutschen
Gemeinden entspricht ihrem entwickelten Auf-
gaben und Pflichtenkreis. Sie ist ein wesent-
licher Bestandteil der Volkswirtschaft
geworden und kann deshalb die gleiche
Bewegungsfreiheit wie die Privatwirtschaft ge-
wahren. Ihre Art und ihr Umfang kann nicht
gegen die Gemeindefürsorge unter-
stellt werden. Die Gestaltung und Fortentwicklung
der öffentlichen Unternehmungen nach national-
wirtschaftlichen Grundsätzen liegt im unmittel-
baren Interesse der Allgemeinheit. Die sozialen
Aufgaben der gemeinschaftlichen Bewegung der
Gemeinden und der kommunalen Wirtschaft sind
das öffentliche Leben, wie Gas, Wasser, Elektrizität,
Verkehrseinrichtungen usw. sowie die Bereit-
stellung dieser wichtigen Produktionsmittel
für die gesamte Wirtschaft zu befähigen, daß die
Gemeinden wie die Privatwirtschaft den not-
wendigen Kapitalbedarf für ihre wirt-
schaftlichen Unternehmungen ohne einseitige Be-
lastungen im Staat und Ausländer zu befriedigen.
Esse Ausdehnung der Gemeindefürsorge der wirt-
schaftlichen Unternehmungen ist abzulehnen, da sie
insolge der unvollständigen sozialen und finanziellen
Vorbedingungen eine Schädigung dieser
Unternehmen bedeuten und zu einer verfrühten
Verstaatlichung und damit sozialer Schichten und
gesamten Wirtschaft führen, ohne die Einmalen
des Reiches sichtbar zu erhöhen.“

Das neue Republikverfassungsgesetz

Der Inhalt des Regierungsentwurfs

Die Reichsregierung wird sich in der nächsten
Zeit mit dem Entwurf des neuen Republikver-
fassungsgesetzes beschäftigen. Der Entwurf ist in Verbin-
dung mit dem Reichsjustizministerium vom Reichs-
innenministerium aufgestellt worden. Er sieht eine
Reihe von Änderungen gegenüber dem Gesetz
vom 21. Juli 1922 vor, insbesondere ist eine
juristisch einwandfreie Formulierung in allen
Fällen getroffen worden.

Der neue Entwurf geht weiter als das alte
Gesetz,
weil nach dem neuen Entwurf alle im politischen
Leben lebenden Personen geschützt sind. Anderer-
seits verzichtet der vorliegende Entwurf auf alle
verfassungändernden Bestimmungen. Der jetzige
Entwurf stellt unter Strafe:

1. Die Beteiligung an Verbindungen
oder Verabredungen, die Bezwecken
wider das Leben einer Person wegen ihrer po-
litischen Betätigung bezwecklichen;
2. Die Unterlassung einer Mittel-
lung an die Behörden oder die beherrschte Person,
sofern jemand von dem Bestehen der unter 1.
genannten Verbindung oder Verabredung Kenntnis
erlangt hat;
3. Die Begehung eines Angriffs auf
Leben und Leben gegen eine Person wegen ihrer
Stellung im politischen Leben oder eine Verab-
redung mit einem andern zum gleichen Zweck;
4. die Begehung und Begünstigung
des Täters der genannten Gewalttätigkeiten;
5. die Teilnahme oder Unterstützung
einer geheimen oder staatsfeindlichen Verbin-
dung, die den Zweck verfolgt, die republikanische
Staatsform des Reiches oder eines Landes zu
untergraben;
6. den Anschluß an eine geheime oder
staatsfeindliche Verbindung, die selbst oder deren
Mitglieder unbefugte Waffen besitzen;
7. die Beschimpfung oder durch Verung-
ehrung der Würdigung absichtliche Herab-
setzung der republikanischen Staats-
form (sowie die Beschimpfung oder Verleumdung
des Reichspräsidenten oder eines Mitglieds der
Reichs- und Landesregierung;
8. die Beschimpfung oder durch Verung-
ehrung absichtliche Herabsetzung der Reichs-
und Landesfarben;
9. die Beschimpfung oder Verleumdung einer
Person, die wegen ihrer politischen Betätigung
getötet worden ist;
10. die Aufforderung zu Gewalt-
tätigkeiten gegen Personen des politischen
Lebens oder Billigung oder Verherrlichung solcher
Gewalttätigkeiten (sowie eines Hochverrats, der sich
gegen die republikanische Staatsform gemendet hat).

Neben Gefängnis, in schweren Fällen Zuch-
thausstrafe kann im Falle einer Verurteilung
wegen Hochverrats oder einer unter 1.
bezeichneten Handlung ein Zwangsaußen-
sitz in bestimmten Teilen oder an bestimmten
Orten des Reiches angedroht werden.

Ferner ist bei diesen Verurteilungen
der Verlust der aus öffentlichen Wahlen her-
vorgegangenen Rechte und der Beamten und

Soldaten der Verlust des Gehalts bzw. des
Ruhegehalts

von Rechts wegen die Folge.
Verurteilungen, in denen Zuchthausstrafen
gegen die Bestimmungen des Republikverfassungsgesetzes
bestanden und geübt werden können durch die
Behörde aufgehoben werden. Günstig der Zweck
eines Verurteilten den Strafbestimmungen des neuen
Gesetzes zuwenden, so können die Landesbehörden
den Verein aufzulösen; jenseitig hiervon ab,
ist auch der Reichsminister des Innern befähigt.

Im Falle der Auflösung eines Vereins kann
sein Vermögen zugunsten des Reiches oder des be-
treffenden Landes beschlagnahmt und eingezogen
werden. Die Verurteilung an einem solchen aufge-
klärten Verein sowie seine Unterfertigung über der
Verurteilung zum weiteren organisierten Zusam-
menhalt ist ebenfalls strafbar.

Eine periodische Druckchrift kann, wenn sie
durch ihren Inhalt die Strafbarkeit einer der in
dem Gesetz bezeichneten Handlungen begründet, für
eine bestimmte Dauer verboten werden. Sieht die
oberste Landesbehörde von dem Verbot ab, so kann
der Reichsminister die Druckchrift verbieten.

Saar-Verhandlungen 16. Oktober

Paris, 30. September. (Eig. Draht.)
Offiziell wird mitgeteilt, daß die deutsch-franzö-
sischen Saarverhandlungen bereits am 16. Ok-
tober begonnen werden. Die Ernennung des Ge-
neralinspektors der Gruben Arthur Fontaine zum
Vorsteher der französischen Delegation wird be-
stätigt.

Zur Regierungsbildung in Litauen:



Juozas Tulebis wurde Radziejowski Wodno-
maras als Ministerpräsident.

Mecklenburger Justiz

Wegen Fememordes Angeklagter wird amnestiert

Schwerin, 30. September. (Eig. Draht.)
Am Sonnabendnachmittag wurde im Fememord-
Prozess Eckermann folgendes Urteil verkündet: „Das
Verfahren wird auf Grund des Paragraphen
14 des Gesetzes über die Straflosigkeit vom
14. Juli 1922 eingestellt. Die Rollen des Ver-
wehens trägt die Staatsanwaltschaft und die
Beschuldigung kann in der Begründung des Ur-
teils zu folgendem Schluß: An sich ist Eckermann
nach Ansicht des Schwurgerichtes der schuldigen
Tötung schuldig. Nun gemäß des Gesetzes vom
14. Juli 1922 ist die Staatsanwaltschaft aus po-
litischen Beweggründen abgesehen. In
das Verfahren soll nach diesem Gesetz dann ein-
gestellt werden, wenn die Taten vor dem 1. Januar
1928 begangen wurden. Ausgenommen von der
Straflosigkeit sind nur Verbrechen gegen das
Leben, die Mord und Zerschlagung, bogen-
nach schuldige Tötung, fahrlässige Tötung,
die das Gericht als vorliegend ansieht, fällt
vielmehr unter die Amnestie. Der Haftbefehl
gegen Eckermann wird sofort aufgehoben.“

mann fest: den des Nordes Angeklag-
ten trotz des harten Wortlautes des Amnestie-
gesetzes, das Verbrechen gegen das Leben aus-
schließt, unter die Amnestie zu bringen.

Diese Ansicht hat der Oberstaatsanwalt bei
der Einleitung des Verfahrens geäußert, das Ge-
richt hat sie ausgeführt. Man hat eine juristische
Konstruktion gesucht, um diese Ansicht zu recht-
fertigen. Man hat allerdings dabei den Sinn jo-
flarer Begriffe wie „Mord“ und „fah-
rlässige Tötung“ nicht beachtet, sondern sich
an der Willkürhaftigkeit an dem Wort
eine fahrlässige Tötung zu machen. Fahrlässige
Tötung, weil der Angeklagte gefaßt hat,
daß der Mord der Amnestie von gegen die Staats-
interessen gerichteten Verbrechen ohne — das ist
eine Konstruktion, die kein Jurist ohne Kopfweh
sehen kann.

Doch diesem Fememörder nichts geschehen würde,
das müßte man. Das Gericht aber hat der Gode
der Justiz einen sehr schlechten Dienst erwiesen,
als es, um der Mecklenburger Rechtsregierung den po-
litischen Akt der Begnadigung dieses Fememörders
zu erheben, die fahrlässige juristische Verrenkungen
vorgenommen hat!

Künstler vor dem Arbeits- gericht.

Vor Gernmann hier.

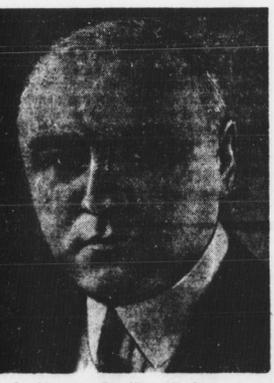
Der Künstler ist vor dem Arbeits-
gericht kein seltener Gast. Er ist genau so gut
wie jeder seine Angehörige der Ausbeutung durch
seinen Arbeitgeber, den Theaterdirektor, ausgesetzt
und muß sich mit Händen und Füßen dagegen
wehren. Allerdings muß man — wenigstens in
Berlin — unterscheiden zwischen dem Dar-
steller gewöhnlichen Schlags und dem „Promi-
nenten“. Der Prominente spielt auf die Er-
ganisation und doch ist kein Entschuldigendes, das
recht schon genügt ist. Erst wenn es ihm ganz
schlecht geht — und läßt Entzüge vom Spiel der
Berühmtheit herab sind in unserer abwärts-
bedürftigen Reichshauptstadt an der Tagesor-
nung —, befindet er sich auf seine Genossenschaft,
die unter der unkollegialen Bestimmung dieser
Kaufpreiser schwer zu leiden hat.

An zwei Fällen, die unmittelbar hintereinander
zur Verhandlung kamen, erhielt man in diesen
Zügen einen anschaulichen Einblick in den Unter-
schied zwischen dem „Gewöhnlichen“ und dem
„Prominenten“. Der Direktor Juchaczki vom
„Kleinen Vogel“ — dem durch jahrelange Gespielt-
weisen in ganz Deutschland bekannt gewordenen
russischen Kabarett, hatte für die zweite Kunst-
hölle eine Truppe verpflichtet, die aus vier Sän-
geren, einer Tänzerin und einem Kapellmeister be-
stand. Die sechs Leutchen erhielten zusammen
nach dem Tarifverträge täglich 120 Mark — in
Wirklichkeit aber nur 60 Mark, weil ihr Anfüh-
rer, eine Art „Zwischenmeister“, die anderen fest-
lich in die eigene Tasche steckte. Aber noch nicht
einmal diese paar Ruben konnten die Künstler
erheben. Bis zum 24. August, der nach
dem Vertrage der Gogenart sein sollte, bekam
sie nicht mehr als zusammen 400 Mark „a conto“
ausbezahlt, trotzdem sie bereits achtmal aufgetreten
waren. Juchaczki droht und windet sich. Er sei
damals bereit gewesen, sonst sei es etwas nicht
möglich gewesen. Schließlich wird der Direktor
erzagt und ruft: „Dann haben Recht jeder

Schauspieler, aufzutreten, wann er will?“ Der
Vorliegende wird ungeduldig: „Darauf geht ich
keine Antwort!“ Juchaczki ist plötzlich verbindlich,
lächelt, und sagt: „Dann muß ich eben
zahlen.“ Der Kunstler nickt und geht ab.
Um Richterfälligkeit eines Vertrages handelt es
sich auch in der zweiten Sache. Aber hier liegt
der Fall ganz anders. Die Filmdiva Brigitte
Delm braucht nicht um die bare Lebensnotwen-
digkeit zu kämpfen. Die „Ufa“ kommt ihren Ver-
pflichtungen gegenüber einer so ungeheuer popu-
lären Darstellerin gewissenhaft nach und zahlt ihr
laut Vertrag von Mai 1928 die recht anfällige
Zahresgage von 84 000 Mark. Mit 70000 Mark
im Monat müßte eine junge Dame, deren Gatte
als Kaufmann seine eigenen Einkünfte hat, zur
Rat auskommen können. Brigitte Delm ist gleich-
wohl mit ihrer Filmgesellschaft unzufrieden. Ihre
künstlerische Energie wird nicht voll befriedigt.
Sie gibt an, daß sie nicht so beschäftigt werde, wie
es ihrer Begabung entspreche. Damit werde aber
die „Ufa“ vertragsbrüchig und entbinde sie selber
von der Einzahlung des im vorigen Jahre ge-
schlossenen Vertrages.

Was kann das Arbeitsgericht dabei tun? Soll
es die künstlerische Eigenart der Dame feststellen,
über die selbst die jüngste Kritik sich nicht einig
werden kann? Soll Brigitte dämlich, aber ist sie
engstänzig? Oder ist sie — wie fast alle Be-
arbeiter: verdienen — keins von beiden, sondern
nur mäßig überfüßt und durch die Neid-
führer „gemacht“? Der Vorliegende mag den
Vertreter der Klägerin, ihren sehr jugendlichen
und sehr hübschen Gatten, auf die Ausichtslosig-
keit der Weiterverfolgung der Angelegenheit auf-
merksam und weist darauf hin, daß der Prozeß 500
Mark losere würde. Aber 500 Mark spielen für
eine Filmdiva keine Rolle. Und dann hat sie ja
bestimmt etwas nach Entschuldigendes in Aussicht
und möchte deshalb um jeden Preis von der „Ufa“
loskommen.
So ist das mit den Künstlern: die einen müssen
zu Recht laufen, um sich fast essen zu können,
die anderen haben mit 7000 Mark im Monat noch
nicht genug. Und dabei sind jene, die Weidese-
nen, vielleicht hundertmal wertvoller als diese,
zuwagerten.

Millionenstiftung.



Der Kunsthändler Dr. Max Epstein hat der
Universität Chicago 1 Million Dollar zur Er-
richtung eines neuen Kunsthauses gestiftet. Dr.
Epstein ist einer der bekanntesten Bildhauer
Amerikas.

Deinrich Deines Gest.

In diesem Jahre sind 80 Jahre vergangen, seit-
dem in Paris ein hervorragender Forscher, sein
ein Malgier, der unter anderem auch Deinrich
eine behandelt hatte. Er hieß G. G. G., war
aus Ungarn gebürtig und Jude. Man hatte ihm
im Jahre 1840 in Budapest eine Professur an-
geboten, wenn er sich taufen lassen wollte. G. G. G.
lehnte das ab und ging nach Paris, wo er eine
reiche wissenschaftliche Tätigkeit entfaltete. Zu
seiner Bekanntheit führten auch die Werke
G. G. G. und Franz List, ferner die berühmte
französische Schriftstellerin George Sand, die

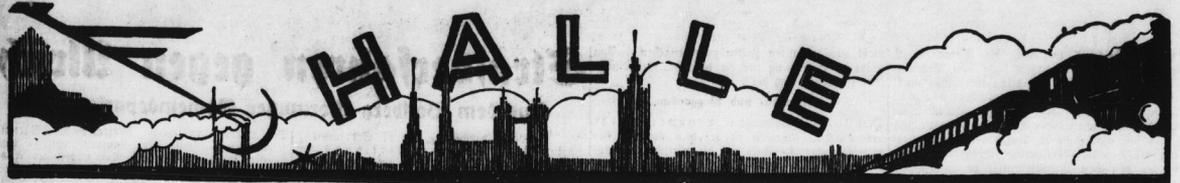
Freundin von Chopin und Alfred de Musset.
Der Leipziger Professor Rille würdigte G. G. G.
in einem Vortrage die Verdienste G. G. G.,
der Hautkrankheiten, liegen.

Der Mathematiker, Geheimrat G., der große
Mathematiker, erzielte seit einigen Tagen in der
Vorstellung mit einem nicht unterdrücklichen
Lob auf der Richtigkeit seiner Hof- Studenten
und Privatdozenten haben sich gewandt, aber niemand
mohte es ihm lassen. Da machte eines Radumtats
mit Affixen Dr. G. einen längeren Spaziergang
mit ihm, wobei G., als sie durch ein dichtes Unter-
holz gingen, in nähere Verbindung mit einem Dorn-
busch kam. „G.“, sagte G., „jetzt oder nie“,
und bogte, stimmlos vor Erregung: „Bist Geheimrat, die
sagst sich eben ein Loch in Ihre G. G. G.“
„Aber nein“, protestierte der Geheimrat, „mein,
mein lieber G., das Loch ist schon lange da.“

Rein Urteils für ein „Ballionspiel“. Die
Gleichgültigkeit des amerikanischen Publikums hat
das seit einigen Wochen in Rio de Janeiro ge-
spielte „Ballionspiel“ finanziell aufzuliegen
lassen. Die Adolph Hagndt, der Christus-
darsteller und gleichzeitige Spieler, und der
Manager Wilcox mitleiden, sehen sie sich an-
derhandeln, ihren Verbindlichkeiten nachzukommen.
Auch in New York, wo das freiburg. „Ballionspiel“
drei Monate lang gespielt wurde, waren nur
geringe Erfolge zu verzeichnen.

Der gekürzte Golfstrom. Das Klima in Europa
wird überaus günstig durch den warmen Golf-
strom bestimmt, und in Norwegen gebt die
Reise nach hoch im Norden, wo unter anderen
unfassenden Schnee und Eis das Land bebuden
wird. Nun haben aber die Amerikaner in der
Reise ihrer Galbriel Florida den Bau eines
riesigen Brücke mit Säulen von Eisen ge-
plant, die den dort noch jungen und schmalen
Golfstrom (scheiden würde. Sie müßte dann die
eine Art Wehr wirken, und diese Ansicht hat schon
allerhand Belogung hervorgeufen. Diese sind
freilich unbegründet, denn der Golfstrom wird
durch mächtige natürliche Kräfte in Bewegung
gesetzt, deren Wirkung kaum durch einen Brückenbau
ernstlich beeinträchtigt werden kann.

Wenn China jetzt nach China zurück. Dr. Owen
Gobin fährt heute abend von Stockholm ab, um
über Moskau nach China zurückzukehren. Dr. Gobin
wird in diesem Winter bei der Expedition in Nord-
china verbleiben.



Lebensdauer einer Maschinenfabrik Strukturelle Wandlungen in der hallischen Metallindustrie

Die hallische Metallindustrie steht vor neuen Entwürfen. Bei „Bühner“ in der hallischen Maschinenfabrik, bei „Wegelin u. Hübner“ nimmt die Zukunft die größten Umrisse an. Welche liegt es in verschiedenen kleineren Betrieben. In diesem Zusammenhang dürfte noch besonders, was einige Zeit schon verfliehen hat, einsehbarer Mittelteil sein.

Halle, den 30. September.
„Wie lange lebt denn eine Maschinenfabrik?“ Diese Frage warf der Generaldirektor eines Großbetriebes der hallischen Metallindustrie kürzlich während einer Verhandlung mit den Angehörigen der Verlagsfirma des Werkes, dem er vorkam. Er beantwortete sie auch selbst:

„Höchstens zwei Generationen. Dann kämpft sie gegen ihren Tod.“

Mit dieser Frage und der Antwort dazu wollte er die hohen Anforderungen begründen, die an die Arbeitskraft der Angestellten und Arbeiter stellen. Es ist aber ein Fehlschluss, als entscheidend für die Lebensdauer eines industriellen Werkes in erster Linie die Höchstleistung der gesamten Verlagsfirma anzusehen. Viel eher kommt schon der Weltbild und das seine Gefühl des Unternehmers — bei Aktiengesellschaften das der Verwaltung — für strukturelle Änderungen in der Wirtschaft in Frage, viel mehr hängt von der Zukunft der leitenden Männer ab, den Betrieb organisatorisch diesen Veränderungen anzupassen. Wenn das nicht werden alle hohen Leistungen der Verlagsfirma, für perspektive und geistiger Art, Bisherarbeiten, für den Betrieb vor dem Untergang nicht retten. Wenn der Unternehmer — und das ist die Regel — seine Tätigkeit nur als individuelle Ausübung einer gegebenen günstigen Situation betreibt, wenn er, bezüglich schließlich sich zum Lebensende materialisiert, bei einer durch die technische Entwicklung veränderten Grundlage, so bequem ist, neue Produktionsgebiete zu suchen,

dann ist der Betrieb zum Untergang verurteilt und wenn sich die Arbeiter bei hoher Arbeitsleistung noch so sehr den Kopf drücken lassen.

Werfen wir einen Blick zurück in die Geschichte der hallischen Metallindustrie. Vor zwei Generationen waren von einer solchen kaum Spuren zu finden. Der sich ausbreitende Zuckerrübenbau hatte zwar Veranlassung gegeben, zur Herstellung der maschinellen Anlagen und Geräte überzugehen, die zur Bearbeitung der Zuckerrüben notwendig waren, der handwerksmäßige Charakter des Metallgewerbes wurde damit aber noch nicht abgetreift. Zur Industrie wurde dieses erst, als die Dampfkraft in Gestalt von unzulänglichen kleinen Kraftanlagen ihren Siegeszug antrat. In solcher Folge entstanden eine ganze Reihe Maschinenfabriken in Halle, deren Produktionsgrundlage die

Bekleidung von Dampfmaschinen war. Das war eine fürnämliche Aufwärtsentwicklung. Sie kam nach der Ausweitung des Braunkohlenbergbaus in der Umgebung. Der Tiefbau — nur in dieser Form erfolgte der Abbau der Braunkohle — verlangte als Kraftquelle auch Dampfmaschinen und — Wasserhebelungsmaschinen (Pumpen). Dieser Bedarf der nächsten Umgebung gab die Entwicklungsmöglichkeit auch für den Export. So entstanden in ganz kurzem Zeitschnitt vor und nach dem Krieg von 1870 in Halle folgende Werke der Metallindustrie: „Wegelin u. Hübner“, „Hallische Maschinenfabrik“, „Weisse u. Konitz“, „A. S. G. Dehne“, „Seutert“, „Wernicke“, „Wolf u. Meinel“ und viele andere mehr. Die Werke entwickelten sich, wurden größer, jedes für sich, solange die rumpelnde, pulsierende Dampfmaschine eben der gebräuchlichste Kraftgeber war. Aber das blieb nicht ohne lange so. Die Turbine verdrängte, weil viel leistungsfähiger, die Dampfmaschine. Die Schaffung lei-

stungsfähiger Elektrizitätsgeneratoren machte den Bestand vieler bisher einzelner Kraftanlagen zum wirtschaftlichen Unsinne. Der Bergbau ging zum Tagesbau über und hatte ganz anderen Bedarf an Maschinen. Diese Strukturveränderung hatte seinen Einfluß auf die hallische Metallindustrie insofern, als die Firmen Wernicke und Seutert eines seligen Todes entschliefen. Der Inhaber des erstgenannten Werkes veranbaltete es (zur rechten Zeit!) in eine Aktiengesellschaft und setzte sich mit dem in Geld realisierten Fabrikvermögen zur Aufgabe, die Nachkommen des Gründers der Firma Seutert waren nicht die Männer dazu, Erfolg für die vollwirtschaftlich außer Kurs gekommene Herstellung von Dampfmaschinen zu suchen. Als sich die ersten Ansätze dieser unglücklichen Entwicklung bemerkbar machten,

vereinigten sich die vier Maschinenfabriken „Wolf u. Meinel“, „Wolf u. Meinel“, Dampfmaschinenfabrik „Seutert“ und „Wegelin u. Hübner“ zu einer Aktiengesellschaft, die den letztgenannten Namen heute noch führt und der größte Betrieb der Metallindustrie innerhalb der Mauern von

14. Ortsbezirk der SPD.
Donnerstag, den 3. Oktober, 20 Uhr, findet im Lokal Kurzhals, Köllners, Mitgliederversammlung Flora Franken (Zell) sprich über das Thema: „Die Frau und der Sozialismus“.
In dieser Versammlung sind eingeladen der 10., 11., 12. und 13. Ortsbezirk. Halbtägiger Besuch erwünscht.

Halle ist. Spürlos ist die Strukturveränderung an diesem Betrieb auch nicht vorüber gegangen. Aber es gelang der Verwaltung dieser Aktiengesellschaft, neue Produktionswege zu erschließen, die ein Herabfallen des Betriebes nicht nur verhinderten, sondern seine Ausdehnung ermöglichten.

Ueber sie steht es bei der Hallischen Maschinenfabrik aus. Da zeigen sich Alterserscheinungen, als wollten sie das Wort von der Lebensfähigkeit von nur zwei Generationen behaupten. Stagnieren (immer noch kein ganz

Autobus-Bahnhof Rokoplaz Zentralisierung aller Autolinen in Halle

Ein sehr wichtiges Projekt, das eine weitere Besserung und Rationalisierung des Verkehrs darstellt, wird derzeit in den zuständigen Stellen in Halle beraten. Es handelt sich um die Einrichtung des früheren Straßenbahndepots am Rokoplaz zu einem Zentralbahnhof für alle in Halle einlaufenden Kraftfahrlinien der Reichspost, der Kravella und der Privatunternehmungen. In einer Halle soll die Ankunft, in der anderen die Abfahrt der Wagen erfolgen. Fahrkartenschalter, Wartezimmer usw. sollen eingerichtet werden.

Als Vorbild dient eine gleiche Einrichtung, die bereits in Juidau besteht. Dortin verankerten unlangst Vertreter der Kravella, des Mag-

istrats Halle, des Saalfreises, der Regierung zu Merseburg, des Polizeipräsidiums, des Landeshaupamts und der Halle-Festlicher Eisenbahn eine Befestigungsfahrt. Die Zentrale Einrichtung ist Zentralpunkt für 13 staatliche, eine Reichspost- und eine habsbürtige Autolinie. In überflüssiger Weise ist hier alles, was auf einem richtigen Bahnhofe, angeordnet.

Wie wir weiter hören, hat die Saalfreisverwaltung außerdem eine direkte Autobusverbindung von dem neuen Zentralautobusbahnhof nach dem Hauptbahnhof angesetzt, um namentlich den aus dem Saalfreis stehenden einströmenden Fahrgästen eine schnelle Verbindung zur Reichsbahn zu ermöglichen.

Unsere Zugkraft

sind nach wie vor bewährte Qualitätswaren billigste Preise

Damen-Kleider

- Popeline-Kleider reine Wolle, Rock mit Pilssee, 6,75
- Volants oder Glocke Stück 25,00 13,75
- Charmeuse-Kleider moderne Macharten, auch für starke Damen Stück 28,50 19,75
- Nachmittags-Kleider aus Veloutine, Marocain u. Woll-Georgette St. 45,00 32,00 17,50

Damen-Mäntel

- Ottomane-Mäntel m. mod. Pilsch. od. Pelzkragen, halb u. ganz gefüttert St. 29,75 18,50
- Englisch gemusterte Mäntel mit u. ohne Pilsch. od. Pelzkr. St. 32,00 21,00
- Velour- und Duventine-Mäntel reine Wolle mit gr. Pelzkragen in einfacher und eleganter Ausführung Stück 65,00 42,50

Damen-Strümpfe

- Damen-Strümpfe gewebt, farbig und meliert . . . Paar 0,85 0,50 0,33
- Damen-Strümpfe Macco Paar 1,65 1,25 0,85
- Damen-Strümpfe Wascheide Paar 1,95 1,65 1,25

Kinder-Bekleidung

- Mädchen-Kleider aus reinwollenen Stoffen, in vielen Farben . . . Größe 45, Stück 6,75 5,50
- Mädchen-Kleider aus Crêpe Caid, entzückende Formen Größe 65, Stück 12,50 9,75
- Mädchen-Mäntel aus warmen Winterstoffen, Größe 45, St. 9,50 7,50
- Mädchen-Mäntel aus prima engl. melierten Stoffen mit groß. Bubi-Krag., Gr. 60, St. 12,50 10,75
- Knaben-Ulster und Pyjacks aus marine u. farb. Stoffen Größe 0, Stück 11,50 8,75

Kleiderstoffe

- Jumper-Stoffe aparte Farbanstellungen Meter 1,45 1,15 0,75
- Woll-Popelines doppeltbreit, große Farbanuswahl Met. 2,25 1,95 1,40
- Composés-Travers einfarbig, letzte Neuheit Meter 2,75 1,85 1,65
- Crêpes Caid reine Wolle, in modernen Farben, Macco Meter 3,90 2,95 2,25
- Kleider-Samte bedruckt, 70 cm breit, große Musterauswahl Meter 5,25 4,50 1,85

Damen-Hüte

- Bobby-Capes aus Filz, moderne Farben Stück 2,95 1,95 1,60
- Flotte Straßen-Hüte aus Filz, garniert Stück 6,50 4,25 2,75
- Frauen-Filz-Hüte in Riesen-Auswahl, auch große Weiten Stück 8,75 5,50 3,75
- Elegante Hüte neue Kombinationen Stück 13,50 9,75 7,50
- Modelle neueste Modeschöpfungen Stück 22,00 16,50 12,50

Gardinen

- Künstler-Gardinen aus Etamine Garnitur 5,50 2,85 1,55
- Künstler-Garnituren aus englisch Tüll, 70 cm breite Schals Garnitur 7,00 5,75 3,50
- Künstler-Garnituren aus englisch Tüll, 100 cm breite Schals Garnitur 11,50 8,25 6,25
- Stores aus englisch Tüll und Etamine Stück 3,50 1,45 0,65
- Scheiben-Gardinen Stück 0,45 0,28 0,18

LEWIS Halle a. S.

Dritte Kreisversammlung der im D. V. Halle endet mit einer Niederlage der Partei-Kommunisten

Generalversammlung der hallischen Metallarbeiter - Die Ortsverwaltungswahl wiederum ergebnislos, da keine der Richtungen die absolute Mehrheit erreichte - Der Hauptvorstand muß jetzt entscheiden

Halle, den 30. September.

Am Sonntag trat die Delegiertenversammlung der Jahreshalle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zum dritten Male in diesem Jahre zusammen, um die Ortsverwaltung neu zu wählen. Der gestrige Wahlgang zeigte eine

Abnahme der Stimmen der Parteikommunisten, eine Zunahme derjenigen der Gewerkschaftskommunisten und ein Beharren der Anhänger der Antifaschisten-Internationale in aller Stärke. Die Fraktion der Teilgenannten Richtung hatte sich kurz vor Beginn der Generalversammlung nach lebhafter, aber ungewinnlicher Aussprache für Abgabe unbeschränkter Stimmzettel entschieden, da die Gewerkschaftskommunisten (alte Ortsverwaltung) durch ihr Bündnisangebot an die Parteikommunisten es der Antifaschisten Richtung unmöglich machte, noch einmal für die alte Ortsverwaltung zu stimmen.

Der Geschäftsführer Dreßler polemisierte nach Erklärung der Versammlung panisch gegen falsche Behauptungen der kommunistischen Presse. Zornmann, einer der neuen Kandidaten der KPD-Fraktion (die wurde in jeder Generalversammlung in veränderter Form präsentiert), beantragte, die Ortsverwaltung nicht durch die Generalversammlung, sondern durch Urwahlen zu wählen. Dreßler verwies darauf, daß die Bestimmungen des Statuts dies nicht zulassen und erteilte das Wort dem

Begehrter Röhler.

Röhler, gleich anfangs von zahlreichen Zwischenrufen unterbrochen, führte die bisherigen verlustreichen Wahlgänge. Die Verträge für die kommunistische Partei jede selbständige Stellungnahme der Gewerkschaften verweigerte, jedes gewerkschaftliche Eigenleben zu unterbinden. Jede Urwahlentscheidung gab Röhler Veranlassung, auf das

Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften

eingugehen. Bei Gründung der freien Gewerkschaften nahm die Sozialdemokratie für sich das Privileg zurück in Anspruch. Den Gewerkschaften wurde nur eine geringe Rolle in der Arbeiterbewegung zugewiesen. Sie sollten nicht als Refraktionskörper für die Partei sein. Es hat langer und heftiger Kämpfe bedurft, ehe sich die Gewerkschaften die Gleichberechtigung neben der politischen Organisation erwarben. Einen dahingehenden Beschluß fasste erst der Mannheimer Parteitag 1906. Jetzt wiederholen sich diese Kämpfe in veränderter Form mit der kommunistischen Partei. Seit 1920 werden in Halle nur Angehörige gewählt, die die KPD bestimmen. Auf kommunistischen Parteibasis für mußten 1924 die hallischen Metallarbeiter in den Streit treten, obwohl ein Organisationsbeschluß in entgegengesetzter Richtung vorlag, um den Kampf in Fragestellung nicht zu gefährden. Auf Parteibefehl wurden in Halle, entgegen den Organisationsbeschläüssen, Schiedsprüche abgelehnt, so daß nachher Röhler die Mitglieder mit den Worten beruhigte: „Zahl nur, der Schlichter wird den Schiedspruch schon für verbindlich erklären.“

Als organisatorischen Gründe müssen Verwaltungsstellen zusammengelegt werden (Stellen-Gesetz). Innerhalb eines Jahres stieg dort die Mitgliederzahl von 500 auf nahezu 1800. Vorgau wurde Lebenslang angelehrt, weil es allein nicht lebensfähig war. Die KPD suchte die Zusammenfassungen mit allen Mitteln zu vereiteln. Aus Parteigründen, wobei die Schlagkraft der Organisation der Metallarbeiter für wenig stimmte. Die Mitglieder der KPD vom 24. und 25. Juni 1929 besagen nichts anderes als: „Die Gewerkschaften haben uns zu parieren“ (Zusicherung: „Und zu finanzieren“). Ein Zehnmonats-Ausbruch aus Anlaß des Ruhrkampfes lautet: Wir müssen die Befehle der Gewerkschaften spargen. Wir helfen dem entgegen:

Die Gewerkschaften haben ihre Angelegenheiten selbst zu ordnen und zu regeln. Wer ein Gegner dieser Ansicht ist, der hat in unseren Reihen nichts zu suchen. (Zusicherung der Kommunisten: „Ausgeschlossen“) Da wir müssen und dazuhalten, wenn wir sozial anschlüssen wie die KPD. (Zusicherung) Richtung muß man haben vor denen, die mit sich nach besser. (Zusicherung) richt, nicht aber mit denen, die nur willigen Werkzeug in den Händen Unverantwortlicher sind. Wir helfen in kommenden Frühjahr vor

schweren Auseinandersetzungen mit den Internationisten. Kritik ist notwendig. Aber während des Kampfes muß die Einheit dem Gegner gegenüber gewahrt werden. Wir machen Schluß mit demjenigen, die sich danach nicht richten können. (Zusicherung) Detail bei der Antifaschisten Richtung.)

Nach Röhler sprachen für die Parteikommunisten Gehner, Röhner und Zornmann. Der erste, ein unparteiischer, polemisierte hauptsächlich gegen die Sozialdemokratische Partei. Der zweite Redner bezeichnete u. a. die Ausführungen Röhlers als Blödsinn. Er war

aber näher fassbar empfand, als im Schlußwort von ihm alle den Mann, der sich ausgelegt hätte, die Rede war.

Für die bisherige Ortsverwaltung machte König (Geschäftsführer) Ausführungen über die früher während der Wahl innerhalb der Arbeiter-Internationale, die freien Gewerkschaften zu halten.

Im Schlußwort erklärte Röhler nochmals, daß die Gewerkschaften es ablehnen, sich der KPD unterzuordnen. Bevor zur Wahl der Ortsverwaltung gefordert wurde, gab Lange (KPD) folgende Erklärung ab:

„Nachdem bei der ersten Ortsverwaltungswahl durch Verschulden der Zehnmonats-Richtung ein solches Durcheinander entstanden war, daß die parteilich aus allen drei Richtungen zusammengelegte Wahlkommission von sich aus die Wahl für ungültig erklärte und nachdem die Antifaschisten Richtung ihre Stärke bei dieser Wahl einwandfrei festgelegt hätte, so sie bei der zweiten Wahl aus Zweidrittelmehrheiten und im Interesse der Sache ihre Kandidaten juristisch und formal im ersten Wahlgang für die alte Ortsverwaltung, die ihr als das kleinere Übel erachtet. Diese Wahl mußte leider infolge

Wahlstrafen von Mitgliedern der Zehnmonats-Richtung

vom Vorstand ebenfalls für ungültig erklärt werden, so daß wir heute zum dritten Male zur Wahl schreiten müssen. Nach Überlegung der Mitgliedschaft innerhalb der Verwaltung und der erlassenen Situation durch das Schreiben der Mitglieder der Ortsverwaltung an die Zehnmonats-Richtung, worin diesen ein Kampfbündnis gegen die Antifaschisten Richtung angeboten wurde, befehlt nach reiflichen Erwägungen für uns nicht mehr die Möglichkeit, für die von der alten Ortsverwaltung nominierten Kandidaten zu stimmen. Der Brief sowie verschiedene andere Handlungen der Kollegen Dreßler, König usw. lassen erkennen, daß wir es hier mit Kollegen zu tun haben, denen der notwendige Wille fehlt, um die Organisationsverhältnisse in Halle einer Neubildung entgegenzuführen. Die Verwaltung Halle befehlt einer energiegelben leitenden Führung und Personen an ihrer Spitze, die den Mantel nicht nach dem Winde tragen und nicht richtig wissen, wo sie hingehören. Deshalb wird sich die Antifaschisten Richtung, zuerst noch Widerstreitgruppe, Bestimmung erhalten, dabei hervorzuheben, daß sie sich ihrer Handlung bewußt und diese wohlüberlegt ist.“

Für die Ortsverwaltung nahm noch einmal König das Wort und setzte die Gründe auseinander, die sie zum Verzicht einer gemeinsamen Forderung der Ortsverwaltung durch sie und die Parteikommunisten veranlaßt haben.

Schmidt (KPD) gab bekannt, daß am Abend vorher eine Jugendversammlung der Jugendgruppe des D. V. vom bisherigen Jugendleiter Schacht einstimmig bei einer Stimmenerhaltung das Vertrauen ausgesprochen habe und erwartete Bestätigung Gehners durch die Versammlung. Die KPD hat einen anderen Jugendleiter vorgeschlagen. Das Vorstandsprotokoll haben aber die Jugendlichen selbst.

Die Feststellung des Abstimmungsresultates erforderte sehr viel Zeit. Der Saal mußte nach außerordentlichem Warten geräumt werden. Die Parteikommunisten machten in dieser ganzen Zeit nicht den geringsten Versuch, eine der sonst üblichen Entfaltungen zur Verhandlung zu bringen. Nach 16 Uhr wurde nachstehendes Wahlergebnis bekannt:

Revolutionsmädchle: Dreßler und Japp je 76, Bell und Bonas je 90, Stimmenerhaltung (Antifaschisten Richtung) 44.

Kaffierer: Heine 67, Matthes 75, Zornmann 91, Sinte 91 (45 Entfaltungen).

Revolutionsmädchle: Dugmann, Hoffe, Rehner je 71, Haring und Gehner je 96, Voigt 95 (45 Entfaltungen).

Beigeier: Hebe, König, Möbius je 74, Schröder, Ströblich, Bösel je 92 (44 Entfaltungen).

Jugendleiter: Gebhardt, je 135, mein 73, unglücklich 2.

Aus der Abstimmung ist zu ersehen, daß bei den einzelnen Positionen eine Verschiebung der Stimmzahl in Erscheinung getreten ist, ein Zeichen dafür, daß Delegierte dabei waren, die sich nicht so leicht auf eine bestimmte Richtung eingestellt hatten. Am deutlichsten zeigt sich das bei der Bestätigung des Jugendleiters Gebhardt. Für diesen stimmten auch die Kollegen der Antifaschisten Richtung, weil er von den Jugendlichen mehrfach in Vorschlag gebracht worden ist. Trotzdem Gebhardt des öfteren im „Kampfbündnis“ als der „Jugendliche Röhler“ bezeichnet wurde, stimmt doch ein Teil der Delegierten, der Zehnmonats-Richtung seine Stimmenergebung her. Für ihn. Man kann wohl das Abstimmungsresultat bei den Revolutionsmädchle

als Maßstab des wahren Stärkeverhältnisses betrachten.

Erfreulich ist die glänzende Haltung der Anhänger der Antifaschisten Richtung. Wie

Holzarbeiter-Verbandstag geschlossen

Ein Rundgebung der Einmütigkeit und Geschlossenheit keine Spur mehr von kommunistischer „Opposition“

Bremen, 30. Sept. (Gg. Drahtst.)

Am Sonntag wurde der 16. Verbandstag der Holzarbeiter nach Erledigung der Organisationsfragen beendet. Es war der erste Verbandstag, der in allen grundsätzlichen Fragen in voller Einmütigkeit verlief. Die kommunistische Opposition im Holzarbeiter-Verband hat gründlich abgewaschen.

In seinem Schlußwort bezeichnete der Verbandsvorsitzende Fritz Lorenz den Verbandstag als eine Rundgebung der Geschlossenheit und Einmütigkeit. Das fehlende sei um die hundertfachen, als Widerspruch der Delegierten Kollegen aus den verschiedenen Ländern. Zudem bringe die kommunistische Presse Falschmeldungen, daß die Delegierten Angehörige des Verbandes wären. Wörtlich Fritz Lorenz fort: „Der deutsche Arbeiterstag haben noch

schwere Kämpfe innenpolitischer Art bevor. Sie im Interesse der Arbeiterschaft aus-

das Stimmenergebnis zeigt, wählten sie unparteiische Disziplin, und sie waren wohl auch die einzigen Delegierten auf der Generalversammlung, denen man anmerkte, daß sie mit gutem Verstand bei der Sache waren und ihre Auffassung beneidenswert vertreten. Der Wahlgang von 3 Stimmen gegenüber der ersten Wahl auf Ausschließen einer Richtung nachzuführen, wofür aber keine Ergebnis festgehalten hatte.

Das Wahlergebnis zeigt, daß keine Richtung die absolute Mehrheit aufzuweisen vermochte. Der stärksten Richtung, den Zehnmonats-Richtung, liegen, immer die Stimmzahl der Revolutionsmädchle in Betracht gezogen, 190 Unterschriften gegenüber. Die Wahl war also wiederum ergebnislos, so daß die Mehrheit der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu entscheiden hat, was er mit der Leitung der Organisation in Halle tut.

suchen, werden die Arbeiter-Organisationen sich einigen. Einmal gültiger ist die Lage in der Augenpolitik, doch auch hier gilt es noch viel zu ändern und viel zu verbessern. In der Wirtschaft bereiten sich gewaltige Veränderungen vor, gekennzeichnet durch die Rationalisierung und die Konzentration des Finanz- und Industriekapitals. Diese Bewegungen erfordern die Aufmerksamkeit und Gegenmaßnahmen der Arbeiterschaft. Die wirtschaftlichen Umstellungen erleichtern die Verfestigung der Produktion, aber sie erschweren sie gleichzeitig dadurch, daß sie die produktivsten Kräfte stärken. An der Arbeiterschaft wird es liegen, den Verfestigungsmaßnahmen stärker zu beeinflussen. Wie stark die Einwirkungen der Arbeiterschaft auf die wirtschaftliche Entwicklung eingeleitet werden sollen, wird davon abhängen, wie die Arbeiter die Fragen der Wirtschaftsdemokratie selbst diskutieren. Das alles zeigt uns, wie notwendig und wichtig die Einmütigkeit und Geschlossenheit der deutschen Arbeiterbewegung ist.

Mit einem God auf den Holzarbeiter-Verband fand der Kongress sein Ende.

Die Jugendarbeit der Gewerkschaften

Die Gewerkschaften haben nicht nur die Aufgabe, für eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sorgen. Über dieses ursprüngliche Arbeitsgebiet hinaus muß die heutige Aufgabe der Gewerkschaften erweitert werden. Ein Gebiet, das von den Gewerkschaften in den letzten Jahren in besonderer Weise gepflegt und gefördert worden ist, ist die Jugendarbeit. Es

anderen Gesichtspunkten von allgemeiner Bedeutung haben also die Gewerkschaften aus diesem Grunde ein besonderes Interesse daran, alles zu tun, was die berufliche Ausbildung des Nachwuchses zu fördern.

Aus Anlaß des 16. Verbandstages des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, der vom 22. bis 28. September in Bremen im Bremer Volkshaus tagte, fand eine

Ausstellung der Reichs-Jugendabteilung des Holzarbeiter-Verbandes

statt, die mit einer Sonderausstellung der Bundesanstalt und der Druckerei verbunden war. Diese Ausstellung gab interessante Einblicke in die Tätigkeit eines Verbandes, in dem die handwerklichen Berufe noch sehr stark vertreten sind. Im Rahmen der Jugendarbeit des Holzarbeiter-Verbandes finden die sogenannten Berufskurse eine besondere Berücksichtigung. Man hat in der Ausstellung Arbeiten aus diesen Kursen, die davon zeugen, daß mit großem Eifer in den einzelnen Jugendabteilungen gearbeitet wird. In einer besonderen Abteilung war das Lehrmaterial für die Kurse und Fachvorlesungen aufgestellt. Neben diesen gab interessante Bilder aus dem Leben der Jugendgruppen davon Kunde, daß alle Gebiete der Jugendarbeit gepflegt und gefördert werden. Die Figuren auf dem beigegebenen Schaubild zeigen das Wachstum der jugendlichen Mitgliedschaft innerhalb des Verbandes.

Die Verlagsanstalt des Verbandes zeigte in einer umfangreichen Darstellung die bedeutende Arbeit, die der Verlag durch die Herausgabe von geeigneter Fachliteratur geleistet hat. Diese Ausstellung sollte auch an anderen Orten wiederholt werden.



bandelt sich für die Gewerkschaften nicht nur darum, die wirtschaftlichen Interessen der Bezirke und Jugendlichen zu vertreten, sondern darüber hinaus auch um die berufliche Fort- und Ausbildung der Jugendlichen besorgt zu sein. Es hat sich aus der gewerkschaftlichen Praxis ergeben, daß der gut ausgebildete Facharbeiter, der seinen Beruf beherrscht, auch zugleich ein tüchtiger Gewerkschafter ist, der aufrecht nicht nur seine, sondern auch die wirtschaftlichen Interessen seiner Kollegen mit Erfolg vertreten kann. Neben allen

Die Kantongestellten in der Abwehr!

Der Allgemeine Verband der deutschen Kantongestellten streitet um: Durch die Fusion Deutsche Post - Distretto-Gesellschaft ist eine Lage geschaffen worden, die für die betroffenen Angestellten gefährlich erachtet werden. Jeder Angestellte fühlt sich von dem angestrebten Abzug bedroht, da niemand weiß, wen dieses Recht treffen wird. Gerade in den Kreisen der allereinsten Angestellten herrscht angesichts der ungewissen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt und der Unmöglichkeit, anderswo unterkommen allgemeine Depressen.

Der Allgemeine Verband der Kantongestellten muß inwieweit die Intervention des Reichsarbeitsministeriums anrufen. Außerdem werden die Reichsverbände der Berliner Zentralen werden Schritte unter Zuhilfenahme der Organisationsstellen die Lage beraten. Möglichen finden Betriebs-

versammlungen statt, in denen die Angestellten selbst zu den für sie durch die Fusion vordringend gewordenen Fragen Stellung nehmen soll. Weitere gemeinsame Kundgebungen an der geplanten Kantongestelltenkonferenz sind zu erwarten. Unter allen Umständen muß derbetrieben werden, daß auf dem Rücken der Kantongestelltenkonferenz allein neue hemmungslos Kampfergebnisse gemacht werden.

Schiedspruch für das Berliner Galvanisiergewerbe

Im Lohnstreit des Berliner Galvanisier- und Galvanisiergewerbes fällt die Schlichtungsausschüsse einer Spruch, wonach die Garantien der Keller je nach den verschiedenen Gruppen um 20 bis 24 Proz. monatlich erhöht werden. Das bedeutet eine prozentuale Aufbesserung von 10 bis 14 Prozent. Für die übrigen Arbeitsgruppen liegt der Schiedspruch eine Erhöhung von 1 bis 3,15 Proz. für die Woche vor.

Berlin-Kalender

Der 600. Tausend...
 1. Oktober 1899
 1. Oktober 1920

Selle
 Verkaufsstelle...
 20 Uhr im...
 20 Uhr im...

Was dem Beleg
 Ammonorf...
 20 Uhr im...
 20 Uhr im...

Lehrkurse
 Schwarz-Blau...
 20 Uhr im...

Ortsgruppe Halle
 1. Abteilung...
 2. Abteilung...
 3. Abteilung...

Confrerie Vereine
 20 Uhr im...
 20 Uhr im...

Schillers Garten, Seide
 20 Uhr im...
 20 Uhr im...

Gesellschaftstanz
 im Saal...
 20 Uhr im...

Gewerkschaftshaus
 Halle, Markt...
 20 Uhr im...

Restaurant
 Sitzungszimmer...
 20 Uhr im...

Trinkt Milch
 von der...
 20 Uhr im...

Molkerei Bennstedt
 Hauptstraße...
 20 Uhr im...

Helzungs-Monteur
 verlanzt...
 20 Uhr im...

Schäffer & Waldker
 Berlin SW 66...
 20 Uhr im...

Offene Stellen
 beim Arbeitsamt...
 20 Uhr im...

Stadttheater
 Heute...
 20 Uhr im...

Elektrische
 Beleuchtungs...
 20 Uhr im...

Lat. priv.
 20 Uhr im...
 20 Uhr im...

GARDINEN
 UND STOFFES...
 20 Uhr im...

Gebr. Pianos
 in 375...
 20 Uhr im...

Klavin-Wanderer
 20 Uhr im...
 20 Uhr im...

Speisezimmer
 20 Uhr im...
 20 Uhr im...

Ortho-Bernhardt
 20 Uhr im...
 20 Uhr im...

Am Nebelplatz
 Nur noch...
 20 Uhr im...

Erotische
 Die Erotik...
 20 Uhr im...

Der falsche Sheriff
 Ein spannendes...
 20 Uhr im...

Kaltesche
 Drucker-Gesellschaft...
 20 Uhr im...

GARDINEN
 UND STOFFES...
 20 Uhr im...

Dr. med. M. Böttger
 20 Uhr im...
 20 Uhr im...

Zurück
 20 Uhr im...
 20 Uhr im...

Zweimal wöchentlich
 20 Uhr im...
 20 Uhr im...

Schönheit der Augen
 20 Uhr im...
 20 Uhr im...

Walhalla
 20 Uhr im...
 20 Uhr im...

3 Fratellini
 20 Uhr im...
 20 Uhr im...

SCHAU-BURG
 20 Uhr im...
 20 Uhr im...

Greta Garbo
 20 Uhr im...
 20 Uhr im...

Der Krieg im Dunkel
 20 Uhr im...
 20 Uhr im...

Fred Niblo
 20 Uhr im...
 20 Uhr im...

Zurück
 20 Uhr im...
 20 Uhr im...

Fisch
 20 Uhr im...
 20 Uhr im...

Schönheit der Augen
 20 Uhr im...
 20 Uhr im...

Farben-Kramer
 20 Uhr im...
 20 Uhr im...

Geschäftsübernahme
 20 Uhr im...
 20 Uhr im...

Geschäftsübernahme
 20 Uhr im...
 20 Uhr im...

Wilkam Lieder, Eilenburg
 20 Uhr im...
 20 Uhr im...

E. Engels, Eilenburg
 20 Uhr im...
 20 Uhr im...

Rauft nur bei
 20 Uhr im...
 20 Uhr im...

Gaststätten
 20 Uhr im...
 20 Uhr im...

Gaststätten
 20 Uhr im...
 20 Uhr im...

Gaststätten
 20 Uhr im...
 20 Uhr im...